



UNSERE SICHERHEIT EUROPA

Aus dem Inhalt:

■ Von Krise zu Krise	1
■ Alliot-Marie spricht im ÖIES-Forum	1
■ Europäische Union – Was nun?	2
■ Weiterentwicklung der NATO fraglich	3
■ Dokumentation: EU-Operationen 2003/2004	4

Von Krise zu Krise

Die EU, die den Begriff und Inhalt von „Gemeinschaft“ täglich zu rechtfertigen hat, stolpert in Wahrheit „von Krise zu Krise“. O-Ton Jacques Chirac. Der alternde Politstar muss wissen, was es heißt, das kostspielige Ritual von Brüssel den eigenen Steuerzahlern, wie



Prof. Klaus Emmerich

jenen der anderen Mitglieder schmackhaft, wenn nicht verdaulich zu machen.

Wolfgang Schäuble wurde im vorweihnachtlichen Milliardenpoker zwar eine gefährliche Hürde für die rot-weiß-rote Präsidentschaft der 500-Millionen-Einwohner-Gemeinschaft beiseite geschoben, wie bei anderen Staats- und Regierungschefs jedoch auf Kosten der eigenen Steuerzahler. Habende – auch Österreich – zahlen mehr; damit alle anderen aufgebessert werden.

Vertrauensbasis für gelernte, jedoch nicht gefragte Europäer? Das Vertrauensdefizit in die EU mag sich nach dem neuesten Brüsseler Kompromiss mühsamer herunter rechnen lassen als Budgetposten. Ob das Ergebnis nach dem unwürdigen Poker um nationale Interessen in europäischer Verkleidung die Steuern zahlenden Bürger (und Wähler) überzeugt, hängt mehr denn je davon ab, was die EU als Ganzes und die nationalen Regierungen aus diesem ominösen horizontalen Finanzausgleich machen.

Nach Brüssel zahlen ist eines – ein anderes, aus Brüssel Steuerzahlergeld zurück zu holen und vernünftig einzusetzen. Für uns gelernte, trainierte und reichlich erfahrene Mittel-europäer eine Bewährungsprobe der Sonderklasse.

Als kleines Land können wir uns krisenbafte Zweifel an unseren politisch-diplomatischen Fähigkeiten nicht leisten. Verbergen sich doch hinter dem an sich beschämenden Ritual der Brüsseler Entscheidungsmechanik gleichermaßen Gefahr und Chancen. Leadership heißt, den Bürgern wie den Verantwortlichen immer wieder deutlich und verständlich zu machen, dass die EU mehr ist als ein abgegebener Verteilungsapparat.

Alliot-Marie spricht im ÖIES-Forum

Die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie sprach am 1. Dezember 2005 auf Einladung des ÖIES über „Die Verantwortung der Europäer angesichts neuer Sicherheitsrisiken“ im historischen Kassensaal der OeNB. Alliot-Marie erklärte, dass Europa mit drei Hauptbedrohungen konfrontiert sei: dem internationalen Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) und dem Ausufernden regionaler Konflikte.



Michèle Alliot-Marie, französische Verteidigungsministerin

Zur Frage des Terrorismus stellte sie fest, dass die Anschläge der vergangenen Jahre gezeigt hätten, dass Terrorismus aktueller denn je sei. Auch Frankreich war bereits Ziel blinder und mutwilliger Anschläge. Trotzdem ist es für viele Länder schwierig, die Drahtzieher und Akteure zu neutralisieren, da diese oft schon Teil der Gesellschaft geworden sind und unter uns leben – von den Nachrichtendiensten unerkannt.

Im Zusammenhang mit der Verbreitung von WVV erklärte sie, dass die Nuklearwaffen der Großmächte lange Zeit Garant für weltweite Stabilität waren. Diese Waffen dienten der Abschreckung und nicht der Zerstörung. In den vergangenen Jahren seien neue Nuklearmächte entstanden. Heute bemühen sich Länder wie der Iran und Nordkorea um nukleare Kapazitäten und weitreichende Trägersysteme. Iran müsse die eingegangenen Verpflichtungen, keine Nuklearanlagen zu militärischen Zwecken zu entwickeln, einhalten. Es bestehe auch das Risiko, dass Terroristen und internationale Verbrecherbanden Fähigkeiten haben werden, „schmutzige Bomben“ herzustellen.

In vielen Regionen der Welt, gäbe es weiter herkömmliche Kriege und kriegerische Gewalt, wie etwa in den Krisenregionen Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und in Zentralasien. In diesen Regionen existieren riesige Waffenarsenale und sie seien ein Nährboden für Waffenschieber und Söldner. Die Regionen, die zu „grauen“ Zonen, in denen weder nationales noch internationales Recht Geltung habe, verkommen, seien im Wachsen.

Die entstehende Instabilität habe auch Auswirkungen auf uns Europäer: Terrorismus, Waffen- und Drogenschmuggel sowie unkontrollierte Zuwanderung sind die Folge dieser Entwicklung in den Krisenregionen. Es ist daher notwendig, auf diese explosiven Situationen zu reagieren. Diese Reaktionen werden vorwiegend, wenn auch nicht rein militärischer Natur sein.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Europäische Union

– Was nun?

Botschafter Joachim Bitterlich, langjähriger Berater von Kanzler Kohl, meinte, dass der eingetretene Vertrauensverlust der Bürger, die Angst um ihre Identität haben, eine kritische Bestandsaufnahme der europäischen Einigung auf nationaler und internationaler Ebene notwendig mache. Eine Prüfung der Kernfragen der EU-Politik sei geboten.

Die EU unterstütze die Mitgliedstaaten in ihren Reformbemühungen für Wachstum und Arbeitsplätze nicht ausreichend. Auch die EU-Organe seien zu Solidarität gegenüber Mitgliedern verpflichtet.

Zu vieles sei auf EU-Ebene konzentriert und die Mitgliedstaaten hätten zu wenig Spielraum. Daher sollte auch eine „Renationalisierung“ gewisser Aufgaben kein Tabu sein. Die Kommission sollte mit Vorrang bestehende Rechtsvorschriften überprüfen, reduzieren und für klare, verständliche Vorschriften sorgen.

Warum hat der europäische Raum der Sicherheit keine über die Grenzen hinweg operierende Europäische Polizei, keinen effizienten Informationsaustausch, keine wirksamen Kontrollen der Außengrenzen und keine gemeinsamen Grundsätze kontrollierter Immigration?

Die EU sei weit von einer effizienten GASP entfernt. Wo bleibt das geschlossene Handeln Europas auf internationaler Ebene auch im Bereich einer gemeinsamen Verteidigung, wodurch wir mehr und Besseres erreichen könnten?

Sind wir bei der großen Erweiterung richtig vorgegangen, um diese Länder optimal zu integrieren? Kann die EU so weiter wachsen? Wo sind die Grenzen, vor allem in Sachen Türkei, in der ein versteckter Dissens unter EU-Staaten besteht?

Vielleicht brauchen wir eine radikalere Modernisierung der EU mit neuen Mechanismen der Konsensbildung und Führung, z.B. ein Kerneuropa, die Bildung einer Pionier- oder Führungsgruppe oder eine bessere Einbeziehung der nationalen Parlamente. In Schulen sollte europäische Geschichte, Kultur und Geographie längst Pflichtfach sein.

Fortsetzung von Seite 1

Europa müsse lernen, global zu agieren, und es sei notwendig, auf die Herausforderungen auf europäischer Ebene zu reagieren. Die gemeinsame Verteidigungspolitik habe eine treibende Rolle beim europäischen Aufbau. Die Entwicklung der ESVP sei durch die negativen Referenden in Frankreich und Holland nicht berührt und mache weiter Fortschritte. Dazu stellte sie fest:

Die EU sei heute ein weithin anerkannter, militärischer Krisenmanager. Diesbezüglich kann die EU bereits auf

im Krisenmanagement. In Zeiten von Krisen brauche man alle Fähigkeiten.

Europa verfolge das ehrgeizige Ziel, die Instrumente der ESVP zu stärken und zu erweitern. Im Bereich der Operationen wurden die wichtigsten Instrumente geschaffen oder sind im Aufbau. Sie erlauben es, Krisen zu evaluieren und die entsprechenden politischen Antworten zu erarbeiten und notwendige Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Anfang 2006 wird die Europäische Gendarmerieeinheit ihre Arbeit aufnehmen, die vor allem nach der Beendi-



Bundesminister Günther Platter mit seiner frz. Amtskollegin Alliot-Marie

eine Reihe großer Erfolge im Rahmen der ESVP zurückblicken: die Missionen in Mazedonien, im Kongo, in Bosnien und der europäische Beitrag zum Gelingen der NATO-Operation in Afghanistan und im Kosovo. Darüber hinaus unterstützt Europa afrikanische Länder im Bereich militärischer Ausbildung und Ausrüstung. Es ist geplant, die Kooperation zwischen Europäischer und Afrikanischer Union auf eine neue Basis zu stellen.

Der Geist der Rivalität zwischen NATO und EU sei absurd. Angesichts der Risiken, sei eine vertiefte Kooperation notwendig. Die Zusammenarbeit am Balkan sei vorbildlich, jede der beiden Organisationen habe ihre eigenen speziellen Fähigkeiten und habe auch ihre eigenen engen Beziehungen zu regionalen Akteuren und verfüge über unterschiedlich erfolgreiche Methoden

von Konflikten eingesetzt werden soll. Im Rahmen des Battle-Groups-Konzepts werden 13 Gefechtsverbände als binnen zwei Wochen einsetzbare Verbände aufgebaut. Frankreich sei in der Lage, einen Gefechtsverband ähnlich demjenigen, der im Rahmen der Operation Artemis eingesetzt war, im Rahmen einer autonomen EU-Operation zur Verfügung zu stellen. Frankreich trete für die rasche Mobilisierung des Operationszentrums beim EU-Militärstab ein. Nur eine europäische Führung einer Operation demonstriere gegenüber der Öffentlichkeit, dass sich die EU engagiere.

Alle diese Maßnahmen stehen in einem politischen Zusammenhang und tragen zu einer konkreten und sichtbaren ESVP bei. Es obliegt Europa, seine Kapazi-

Fortsetzung auf Seite 4

Weiterentwicklung der NATO fraglich

Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Seit langem wird schon darüber diskutiert, dass die NATO sich den neuen Bedrohungen entsprechend anpassen muss. So einigte man sich anlässlich des NATO Gipfels von Istanbul im Juni 2004, den Kampf gegen Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen als die maßgeblichen strategischen Herausforderungen der Allianz zu betrachten. Auch wird der Zweck der NATO heute eher in der „Projektion von Stabilität“ gesehen, als in der konventionellen Verteidigung. (Lediglich die Baltischen Staaten und Polen wollen die Artikel V-Fähigkeit des Bündnisses im Hinblick auf Russland nicht vernachlässigt sehen.) Darüber hinaus ist der NATO durch den Afghanistan-Einsatz auch der Schritt über die regionale Begrenzung Europas hinaus gelungen. Doch darüber hinaus scheint in der Praxis die Weiterentwicklung gebremst zu sein, wenn nicht gar unmöglich. Das zeigt sich am Vorstoß des US-Verteidigungsministers Rumsfeld im Vorlauf zum NATO-Verteidigungsministertreffen in Berlin vom September 2005. Rumsfeld verlangte, dass die NATO konkret zur Bekämpfung des Terrorismus antritt, wozu sie in Afghanistan ihre Rolle über den Bereich des Peacekeeping beziehungsweise der Stabilisation ausbauen und gemeinsame Kampfoperationen mit den US-Streitkräften gegen die Taliban in Betracht ziehen sollte.

In Afghanistan bilden derzeit etwa zehntausend Soldaten aus 36 Ländern (23 der 25 EU-Mitglieder) die von der NATO organisierte ISAF (International Security Assistance Force). Obwohl auch mehrere Nicht-NATO-Staaten Truppenkontingente für ISAF stellen, so wird sie in NATO-Kreisen als NATO-Truppe verstanden. Ihre Aufgabe ist es ganz generell dazu beizutragen, nach dem Sieg der von den USA unterstützten Nordallianz über die brutale Talibanherrschaft das Land zu normalisieren und zu stabilisieren. Insbesondere soll sie in der Hauptstadt Kabul und Umgebung die Sicherheit aufrechterhalten und die Autorität des Präsidenten über Kabul hinaus erweitern, sowie die Provincial Reconstruction Teams (PRTs) zum Wiederaufbau des Landes unterstützen. (So stehen bereits ISAF-Truppen im Westen Afghanistans in den Provinzen Herat und Farah, um dort zwei PRTs zu schützen;

weitere in der westlichen Provinz Ghor und im Süden des Landes sollen folgen.) Parallel dazu verläuft in besonders schwierigen Gebieten Afghanistans die Operation „Enduring Freedom“, an der um die 20.000 US-Soldaten und etwa tausend Soldaten aus anderen Ländern beteiligt sind. Sie machen Jagd auf die Taliban und Al Kaida-Terroristen.

Den US-Plänen zufolge sollten die von der NATO geführten ISAF-Truppen auch im Osten des Landes, wo der Großteil der Kampfhandlungen stattfindet, stationiert werden. Die USA möchten nämlich ihre Truppen in Afghanistan reduzieren und dazu wäre es nötig, dass auch den ISAF-Truppen Aufgaben der Terrorismusbekämpfung übertragen werden. Deshalb sollte auch der Oberbefehl der ISAF-Truppen und der US-Truppen zusammengelegt werden.

In Afghanistan selbst waren die Pläne Rumsfelds begrüßt worden. Aber die wesentlichen Verbündeten der USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, haben sogleich gegen diese Pläne opponiert. Die NATO-Truppen sollen keine „counterinsurgency operations“ in Afghanistan durchführen. Und der deutsche Verteidigungsminister drückte es ganz offen so aus, dass eine Verbindung der NATO-Peacekeeping-Mission mit den amerikanischen Kampfkooperationen die Rolle der NATO fundamental verändern würde. Das würde die Situation für ihre Soldaten wesentlich gefährlicher machen und das gegenwärtige Klima in Afghanistan verschlechtern. Eine Vereinigung der beiden Missionen komme daher nicht in Frage. Wegen der damit verbundenen Gefahr wird sich die Bundeswehr weiterhin nur mit einer Handvoll Spezialisten an der militärischen Bekämpfung der Taliban (vor allem) im Osten Afghanistans beteiligen.

Der Kompromiss zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten sah nun vor, dass ISAF- und US-Truppen zwar ein gemeinsames Dach für ein Kommando erhalten sollen, darunter aber bleiben die alten Kommandostrukturen und Aufgabenbereiche erhalten.

Generell ist zu sagen, dass die NATO mit strukturellen Schwierigkeiten kämpft, die eine Erreichung ihrer eingangs beschriebenen, durchaus ambitionierten Ziele in weite Ferne rücken lassen. Der Transformationsprozess der Streitkräfte schleppt sich aufgrund der angespannten Budgetlage vieler Staaten dahin. Die NATO-Response-Force (NRF) wird bis 2006 nicht wie geplant operationsfähig sein und zahlreiche der Beschaffungsvorhaben versanden im Streit um die Protegierung der jeweiligen einzelstaatlichen Rüstungsindustrien. Das sind die Tatsachen. Dazu kommt, dass die meisten europäischen Staaten nicht bereit sind, sich an etwas risikoreicheren Missionen zu beteiligen. Nicht nur, dass man sich der Zusammenlegung von „Enduring Freedom“ und ISAF verwehrt. Auch blockiert vor allem Deutschland eine vertiefte Streitkräfte- und Beschaffungsintegration mit dem Hinweis, dass man dann als Einzelstaat sich kaum aus der Entsendung von Truppen in internationale Missionen zurückziehen kann.

Wie aber soll das mit der Überlegung übereinstimmen, dass die langfristige Rolle der NATO darin bestehen muss, sich den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts und den neuen Bedrohungen und Herausforderungen anzupassen? Wenn es über Erklärungen hinausgeht und auf konkretes Handeln ankommt, dann sind die Europäer offenbar nicht bereit, der NATO wirklich eine neue Rolle zu geben beziehungsweise auf die entsprechenden Erfordernisse einzugehen.

Jahreskongress „Innere/ Äußere Sicherheit“

Verzahnung innerer und äußerer Sicherheit – Zivilschutz, kritische Infrastruktur

25. bis 27. Jänner 2006

Berlin Marriott Hotel

Information unter: info@iqpc.de

EU-Operationen 2003/2004

Name	Operationsgebiet	Art	Zeitplan
EUPM	Bosnien und Herzegowina	Polizeimission	ab 01.01.2003
Concordia	FJR Mazedonien	Militäroperation	von 31.03.2003 bis 15.12.2003
Artemis	Kongo	Militäroperation	von 12.06.2003 bis 01.09.2003
Proxima	FJR Mazedonien	Polizeimission	ab 15.12.2003
EUJUST Themis	Georgien	Rechtsstaatsmission	ab 16.07.2004
EUFOR Althea	Bosnien und Herzegowina	Militäroperation	ab 02.12.2004
EUPOL Kinshasa	Kongo	Polizeimission	ab 01.01.2005

Fortsetzung von Seite 2

täten im Rahmen von Krisenmanagement-Operationen zu demonstrieren.

Es sei notwendig, im Rahmen der EU eine gemeinsame europäische strategische Kultur zu entwickeln. Dies sei die Hauptaufgabe des Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitscolleges, das bereits funktioniere.

Beim notwendigen Aufbau militärischer Fähigkeiten gäbe es viele gemeinsame Programme: A400M, NH90, Tiger, Meteor, SCALP, FREMM. Auch im Bereich der Ausbildung existieren viele bilaterale Programme, z.B. die deutsch-französischen Pilotenausbildung.

Die Schaffung der Europäischen Verteidigungsagentur sei ein Beweis dafür, dass die Europäer fähig sind, die europäische Konstruktion voranzutreiben. Die Verteidigungsagentur habe ihre Arbeit aufgenommen und das Budget der Agentur wurde um 66% erhöht. Im Bereich der Forschung müsse die Agentur die Bemühungen der Mitgliedstaaten zusammenführen und bündeln, vor allem in den Bereichen unbemannte Flugkörper, Raumfahrt und Luftbetankung. Die Europäer müssen fähig sein, die wichtigen Technologien gemeinsam zu beherrschen.

Alliot-Marie betonte abschließend, dass die Verteidigung eine Schlüsselrolle bei

der Weiterentwicklung der europäischen Idee spielen müsse. Die EU verfüge über die zweite Leitwährung und sei weiterhin die größte Handelsmacht der Welt. Die EU vertritt und transportiert Werte, über die wir stolz sein sollten und die von vielen Ländern respektiert werden. Selbst die Türkei wolle der Union beitreten. In diesem Punkt muss man aber das Für und Wider abwägen und die Bürger befragen. Mit Russland müsse man einen Dialog entwickeln.

Dennoch braucht die EU eine starke Verteidigung zum Schutz ihrer Werte und Interessen. Die Europäer wissen, dass die Entwicklung der ESVP zu ihrer täglichen Sicherheit beiträgt.